



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

**über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und
Beschwerdeausschusses**

am

Wochentag	Datum
Montag	22.02.2021

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	1
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Bestellung einer/s Schriftführer/in und deren/dessen Stellvertreter/in	2
1.2	Einrichtung einer Inklusions-Kommission	3
1.3	Arbeitskreis gegen Extremismus	4-5
1.4	Neuregelung des Geschäftsgangs für den Rat und die Ausschüsse; Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 21.10.2020	6-7
1.5	Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef; Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.01.2021	8
1.6	Bekanntgabe der Geschäfte der laufenden Verwaltung; Antrag der ehemaligen Fraktion "Die Linke" vom 04.12.2020	9
1.7	Digitale Rats- und Ausschussarbeit; Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 21.10.2020	10
1.7.1	Änderung des § 6 der Hauptsatzung für die Stadt Hennef; Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 11.02.2021	11
1.8	Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef (Sieg); Aktuelle Fassung	12
1.9	Erlass einer neuen Hauptsatzung für die Stadt Hennef (Sieg); Aktu- elle Fassung	13-17
1.10	Gewährung von Sitzungsgeld für Online-Fraktionssitzungen; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.11.2020	18
1.11	Freigabe des Allner Sees für Wassersport Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Die Unabhängigen vom 20.11.2020	19
1.12	Einbindung des Programms "openDemokratie-Tool (opTo)" auf der städtischen Homepage; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2020	20-21
1.13	Bürgerantrag aufgrund der Verkehrssituation in Greuelsie- fen/Dondorf, vom 02.01.2020	22
1.14	Bürgerantrag für eine Hundefreilauffläche im Ortsteil Allner	23

Sitzung des **Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses** am
22.02.2021

1.15	Bürgerantrag "Errichtung einer Radpendlerroute Hennef-Uckerath" vom 22.03.2020	24
1.16	Bürgerantrag "Hecke in Heisterschoß" vom 28.05.2020	25
1.17	Bürgerantrag "Ausbau eines Teilstücks der Straße Im Marienfried" vom 20.09.2020	26
1.18	Bürgerantrag der Schützenbruderschaften St. Hubertus Hennef-Warth, St. Michael Hennef-Geistingen und St. Augustinus Hennef-Bödingen vom 02.11.2020; Hennefer Schützenzentrum "Clostermanns Hof" Antrag der CDU-Fraktion zu dem Thema "Schützen- und vereinsheim warth" vom 15.01.2021	27
1.19	Bürgerantrag "Anwohner der Happerschosser Straße in Hennef-Bröl" vom 17.11.2020	28
1.20	Bürgerantrag "Weiterer Ausbau des bestehenden Fahrradwegs Hennef-Mitte, über Hossenberg, Alte Blankenberger Str." vom 21.11.2020	29
1.21	Einführung eines Windelzuschusses Bürgerantrag vom 05.12.2020	30
1.22	Resolution von den Fraktionen CDU, FDP, Die Unabhängigen vom 11.02.2021	31
2	Anfragen	
3	Mitteilungen	
3.1	Statistik der Grundstücksgeschäfte 2020/2021	32
3.2	Der Stadtordnungsdienst im Jahr 2020	33
Nicht öffentliche Sitzung		
4	Beschlussvorlagen	
4.1	Parkflächen beim Sportverein SV Allner-Bödingen vergrößern, Parkplatz am Sportplatz in Hennef-Lauthausen; Antrag der CDU-, FDP Fraktion sowie Fraktion Die Unabhängigen vom 20.11.2020	34
4.2	Erlass einer Forderung	35
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

Niederschrift

Vorbemerkungen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr
Ort: Mehrzweckhalle Gesamtschule, Meiersheide 20, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 11.02.2021
Nachtragsdatum: 18.02.2021

Vorsitzender: Mario Dahm
Stellv. Schriftführerin: Christina Viehof

Anwesenheitsliste:

Ratsmitglieder

Ecke, Matthias	Bündnis 90 / Die Grünen
Ehrenberg, Peter	CDU
Fiedrich, Detlev	Bündnis 90 / Die Grünen
Gerards, Martin	CDU
Herchenbach, Henning	SPD
Herchenbach-Herweg, Veronika	SPD
Hildebrandt, Alexander	FDP
Keuenhof, Elisabeth	CDU
Keuter, Angelina	CDU
Krey, Detlef	fraktionsloses Ratsmitglied
Laudan, Christoph	CDU
Marx, Michael	FDP
Meinerzhagen, Norbert	Die Unabhängigen
Meyer, Hanna Nora	SPD
Mikolajczak, Dirk	CDU
Offergeld, Ralf	CDU
Schilling, Sören	CDU
Schlömer, Dirk	SPD
Schmidt, Jan Henrik	SPD
Stahn, Astrid	Bündnis 90 / Die Grünen
Steinmetz, Gerald	SPD
Wallau, Thomas	CDU
Widmaier, Sabine	Bündnis 90 / Die Grünen

Von der Verwaltung waren anwesend:

Herr Adolphs	Zentrale Steuerung und Service
Herr Barth	Stadtbetriebe Hennef (AöR)
Herr Breuer	Amt für Ordnungsverwaltung, Bürgerzentrum, Zivil- und Bevölkerungsschutz
Drau Dameris	Amt für Steuerungsunterstützung
Herr Dr. Erbe	Stadtbetriebe Hennef (AöR)
Herr große Deters	Persönlicher Referent
Herr Herkt	Beigeordneter
Frau Frey	Amt für Steuerungsunterstützung
Frau Muranko	Stadtbetriebe Hennef (AöR)
Herr Müller-Grote	Amt für Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Overath	Stadtbetriebe Hennef (AöR)
Herr Rossenbach	Zentrale Steuerung und Service
Frau Trockfeld	Amt für Steuerungsunterstützung
Herr Walter	Erster Beigeordneter
Frau Weber	Kämmerin, Finanzmanagement

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
-----	---------------------	------------------

	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	1

Der Bürgermeister begrüßte die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses und stellte die form- und fristgerechte Einladung fest.

Er wies auf die neu aufzunehmenden Tagesordnungspunkte hin.

Herr Wallau (CDU-Fraktion) beantragte, den Tagesordnungspunkt 3.2 (Der Stadtordnungsdienst im Jahr 2020) als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Herr Bürgermeister Dahm ließ über den Änderungswunsch zur Tagesordnung abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss die Tagesordnung einstimmig in der nun vorliegenden Form.

1	Beschlussvorlagen	
---	--------------------------	--

1.1	Bestellung einer/s Schriftführer/in und deren/dessen Stellvertreter/in	2
-----	---	---

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Hennef beschloss einstimmig:

Frau Monika Frey wird zur Schriftführerin für die Niederschriften des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses bestellt. Im Verhinderungsfall wird sie durch Frau Christina Viehof vertreten.

1.2	Einrichtung einer Inklusions-Kommission	3
-----	--	---

Es ergab sich eine Diskussion unter Redebeiträgen aller Fraktionen.

Frau Herchenbach-Herweg (SPD-Fraktion) führte Bedenken bezüglich der Sitzverteilung in der Kommission an, da das Hare / Niemeyer Verfahren nicht mit der Geschäftsordnung der Inklusionskommission aus der letzten Wahlperiode übereinstimmt. Es wurde beantragt, entsprechend nach der Geschäftsordnung der Inklusionskommission aus der letzten Wahlperiode auch in dieser Wahlperiode zu verfahren und jede Fraktion bis zu drei Mitglieder entsenden zu lassen. Hierfür müsste die Zuständigkeitsordnung ebenfalls angepasst werden.

Herr Krey (Fraktionsloses Mitglied) fragte an, ob in Kommissionen auch Ratsmitglieder und Zuschauer/Besucher teilnehmen können.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass zusätzlich geprüft werden solle, dass Fraktionslose Mitglieder in Kommissionen berücksichtigt werden sollen.

Herr Bürgermeister Dahm teilte mit, dass die vorliegenden Fragen bis zur nächsten Ratssitzung am 15.03.2021 geklärt werden. Herr Dahm schlug eine Vertagung in die nächste Ratssitzung vor und ließ darüber abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig diesen Tagesordnungspunkt in die Ratssitzung am 15.03.2021 zu weiteren Beratung zu verweisen.

1.3	Arbeitskreis gegen Extremismus	4-5
-----	---------------------------------------	-----

Herr Krey (Fraktionsloses Mitglied) stellte einen Antrag auf Umbenennung des Arbeitskreises gegen Extremismus wie folgt: Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Beschluss-Nr. 3:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss mehrheitlich bei Gegenstimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Die Unabhängigen und Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag von Herrn Krey abzulehnen.

Beschluss-Nr. 4:

Danach beschloss der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss einstimmig den Arbeitskreis gegen Extremismus wie folgt einzurichten:

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter/in
CDU-Fraktion	Christoph Laudan	Angelina Keuter
SPD-Fraktion	Jan Henrik Schmidt	Gerald Steinmetz Christian Tölle
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Johannes Noppeney	Dr. Peter Enzenberger
FDP-Fraktion	Martin Siefen	
Fraktion Die Unabhängigen	Norbert Meinerzhagen	Hans Janser
Fraktionslos	Detlef Krey	

1.4	Neuregelung des Geschäftsgangs für den Rat und die Ausschüsse; Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 21.10.2020	6-7
-----	---	-----

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) äußerte seine Bedenken zu der 10 tägigen Einladungsfrist und bat um Anpassung dieser Regelung, wenn sich im Rahmen der Digitalisierung der Ratsarbeit diese Möglichkeit ergeben sollte. Bezüglich Nummer 3 des gestellten Fraktionsantrages der CDU/FDP/Die Unabhängigen führte er seine Bedenken an. Bei aktuellen Anfragen bzw. Themen die eine schnelle Antwort erfordern, sei es nicht angebracht diese vorher im Ausschuss zu behandeln. § 18 der Geschäftsordnung solle daher um Punkt „kleine Anfragen“ erweitert werden.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) äußerte Bedenken hinsichtlich der Vertretung in alphabetischer Reihenfolge sowie der Vertretung der Ratsmitglieder durch Sachkundige Bürger*innen. Hier entstehe die Gefahr, dass mehr Sachkundige Bürger*innen als Ratsmitglieder in einem Ausschuss vertreten sein können und nach der Sitzung festgestellt werde, dass der Ausschuss nicht beschlussfähig war. Herr Ecke bat um Prüfung.

Frau Frey (Abteilungsleiterin Ratsbüro) führte aus, dass die Beschlussfähigkeit eines Ausschusses in der Regel zu Beginn einer Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden festgestellt werde und eine Feststellung der Beschlussunfähigkeit im Nachhinein keine Auswirkungen auf die bereits getroffenen Beschlüsse dieser Ausschusssitzung habe.

Hinweis der Verwaltung: Gemäß § 49 abs. 1 Gemeindeordnung gilt jeder Ausschuss als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt wurde. Zweck dieser Regelung ist es einerseits, die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse sicherzustellen und andererseits, die Rechtssicherheit für getroffene Entscheidungen zu gewährleisten.

Herr Bürgermeister Dahm ließ nun, wie beantragt, getrennt über den von der Verwaltung vorgelegten Vorschlag zu den Punkten 1 und 2 und danach über den Punkt 3 des gemeinsamen Fraktionsantrages von CDU/FDP/Die Unabhängigen abstimmen:

Beschluss-Nr. 6

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss mehrheitlich bei drei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Enthaltung aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, Die Unabhängigen, Herrn Krey sowie dem Bürgermeister, die Stellvertretungsregelung in § 5 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Hennef anzupassen und die Einladungsfrist aus § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef bei 10 Tagen zu belassen.

Beschluss-Nr. 7

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss lehnte die Änderung von § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef, wie unter Punkt 3 des gemeinsamen Fraktionsantrages von CDU/FDP/Die Unabhängigen beschrieben, mit Gegenstimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Krey (Fraktionsloses Mitglied) sowie mit der Stimme des Bürgermeisters, ab.

1.5	Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef; Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.01.2021	8
-----	--	---

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die beantragten Änderungen zur Dauer der Fragestunde und Zulassung von schriftlichen Anfragen zur Einwohnerfragestunde werden in die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef aufgenommen.

Vor einer Ausweitung der Einwohnerfragestunde auf die Fachausschüsse werden zunächst Erfahrungen mit dem geänderten Verfahren für die Ratssitzung gesammelt.

Die Verwaltung wird beauftragt auf der Homepage eine Möglichkeit zur elektronischen Bürgerbeteiligung in der Form einzurichten, dass die Bürger*innen Ihre Anfragen auch elektronisch einreichen können.

1.6	Bekanntgabe der Geschäfte der laufenden Verwaltung; Antrag der ehemaligen Fraktion "Die Linke" vom 04.12.2020	9
-----	--	---

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig, dass die Bekanntgabe der Fraktionsanträge, die als Geschäfte der laufenden Verwaltung eingestuft wurden, zukünftig über eine Webanwendung, die für die Fraktionen über städtische Intranet Seite aufrufbar ist, erfolgt. Die Bekanntgabe der Geschäfte der laufenden Verwaltung von Bürger*innen wird aus datenschutzrechtlichen Gründen abgelehnt.

1.7	Digitale Rats- und Ausschussarbeit; Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 21.10.2020	10
-----	--	----

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) führte an, dass stärker in die digitale Rats- und Ausschussarbeit eingestiegen werden muss. Hierfür ist zunächst eine Abfrage bei den Ratsmitgliedern durchzuführen um zu erfahren, wer bereits ein mobiles Gerät besitzt. Im zweiten Schritt ist sodann eine Abfrage bei den sachkundigen Bürgern durchzuführen. Daraufhin wird eine Kostenschätzung und ein Konzept erstellt und erneut im Ausschuss vorgestellt.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) führte an, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Auswertung über eine detaillierte Kostenübersicht sinnvoll ist um diese im nächsten Schritt im Haushalt zu etatisieren.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führte Bedenken bezüglich der IT-Sicherheit an.

Hierzu führte Herr Dahm aus, diesen Aspekt von der Verwaltung prüfen zu lassen.

Herr Meinerzhagen (Die Unabhängigen) hätte gerne eine Empfehlung der IT Abteilung für den Einsatz eines Tablet für die digitale Ratsarbeit.

Grundsätzlich befürworteten alle Fraktionen den erneuten Anstoß zur digitalen Ratsarbeit und es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit dies in absehbarer Zeit für die Ratsmitglieder umzusetzen. Die Regelung für die Sachkundigen Bürger*innen werde danach getroffen.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig, dass die Teilnahme an der digitalen Rats- und Ausschussarbeit zunächst freiwillig bleibt, da keine Haushaltsmittel bereitstehen. Die Verwaltung führt eine Abfrage durch, wie viele Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger*innen für die digitale Ratsarbeit ein städtisches Endgerät in Anspruch nehmen würden, um eine detaillierte Kostenübersicht für eine mögliche Anschaffung in späteren Haushaltsjahren zu erstellen.

1.7.1	Änderung des § 6 der Hauptsatzung für die Stadt Hennef; Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 11.02.2021	11
-------	--	----

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) führte die Motivation des Antrags sowie eine entsprechende Änderung des § 6 der Hauptsatzung aus. Der Ältestenrat soll danach aus dem Bürgermeister, den Beigeordneten sowie den Fraktionsvorsitzenden bestehen.

Herr Krey (fraktionsloses Ratsmitglied) beantragt die Aufnahme von fraktionslosen Ratsmitgliedern in die Zusammensetzung des Ältestenrates in § 6 der Hauptsatzung

der Stadt Hennef.

Herr Bürgermeister Dahm machte den Vorschlag, unter diesem Tagesordnungspunkt nur die Änderung des § 28 der Geschäftsordnung zu behandeln.

Unter Tagesordnungspunkt 1.9 werden die vorliegenden Anträge zur Zusammensetzung des Ältestenrates nochmals aufgerufen und die Änderung des § 6 der Hauptsatzung der Stadt Hennef behandelt.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig die in § 28 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef genannten Änderungen.

§ 28 **Ältestenrat**

1. Vor einer Sitzung des Stadtrates soll eine Sitzung des Ältestenrates stattfinden, in der der Bürgermeister die Mitglieder über die vorgesehene Tagesordnung unterrichtet. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Fraktionsvorsitzende können sich im Verhinderungsfalle durch eine/n stellvertretende/n Fraktionsvorsitzende/n vertreten lassen.

2. Der Bürgermeister kann den Ältestenrat auch aus anderen Anlässen einladen.

3. Über die Sitzungen wird eine Niederschrift gefertigt.

1.8	Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef (Sieg); Aktuelle Fassung	12
-----	---	----

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) regte an, bei § 8 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse nur die Überschrift stehen zu lassen und alle anderen Punkte zu streichen. Die Diskussion über die Umsetzung muss erst noch in der Ratssitzung geführt werden.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) fragte an, ob in der nächsten Ratssitzung sowie von Herr Offergeld (CDU-Fraktion) vorgeschlagen, über § 8 diskutiert und beschlossen werden kann, ohne das weitere Punkte aufgelistet sind.

Herr Bürgermeister Dahm bestätigte die von Frau Meyer (SPD-Fraktion) gestellte Frage.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich zu § 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse. Hier fragte er nach, wie mit der Antragsfrist verfahren wird und wann der Tag der Absendung mitberechnet wird und wann nicht.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führte weiter aus, dass die Zustellung der Unterlagen digital sowie postalisch unterschiedlich sind.

Frau Frey (Abteilungsleiterin Ratsbüro) antwortete, dass für den Rat ein neuer Vorschlag für die elektronische sowie postalische Übermittlung erstellt werde.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wies auf einen formellen Fehler in § 7 Abs. 1 letzter Satz hin, hier muss der Verweis auf § 22 lauten.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef zu beschließen:

Der Änderung der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Hennef (Sieg) wird zugestimmt; zusätzlich der gemachten Änderungen hinsichtlich des § 7 und § 8 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse.

1.9	Erlass einer neuen Hauptsatzung für die Stadt Hennef (Sieg); Aktuelle Fassung	13-17
-----	--	-------

Zu dem vorliegenden Tagesordnungspunkt wurden Änderungsanträge gestellt:

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Aufnahme der stellv. Bürgermeister im Ältestenrat sind. Herr Ecke stellte den Antrag auf „Verkleinerung“ des Ältestenrates ohne die stellv. Bürgermeister*innen in § 6 der Hauptsatzung.

Beschluss-Nr. 13

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss lehnte den Antrag von Herrn Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ab. Für den Antrag stimmten die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Krey (fraktionsloses Ratsmitglied) dagegen stimmten die Fraktionen SPD, CDU, FDP und die Unabhängigen sowie der Bürgermeister.

Herr Krey (fraktionsloses Mitglied) stellte einen Antrag, dass auch fraktionslose Ratsmitglieder zur Sitzung des Ältestenrates eingeladen werden sollen.

Beschluss-Nr. 14

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss lehnte den Antrag bei Gleichstand der Stimmen ab. 12 Gegenstimmen aus der Fraktionen CDU, FDP und die Unabhängigen, 12 Stimmen für den Antrag von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Herr Krey (fraktionsloses Ratsmitglied) und dem Bürgermeister.

Danach ließ Herr Dahm über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen zur Zusammensetzung des Ältestenrates abstimmen.

Beschluss-Nr. 15

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss mehrheitlich den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU/FDP/Die Unabhängigen, dass § 6 der Hauptsatzung um die Regelung der Stellvertretung und die Teilnahme der Beigeordneten und des Vorstands der Stadtbetriebe Hennef AöR, ergänzt werde. Für den Antrag stimmten die Fraktionen CDU, FDP, Die Unabhängigen und Herr Krey (fraktionsloses Ratsmitglied). Dagegen stimmten die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgermeister.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag, dass in der Hauptsatzung des § 17 Nr. 7e die ursprüngliche Regelung bestehen bleiben sollte.

Beschluss-Nr. 16

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig, dass die ursprüngliche Fassung des § 17 Nr. 7e

bestehen bleibt.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche vorgebracht wurden, ließ der Bürgermeister über die nun vorliegende Fassung der Hauptsatzung der Stadt Hennef abstimmen.

Beschluss-Nr. 17

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hennef einstimmig, die Hauptsatzung der Stadt Hennef mit den beschlossenen Änderungen zu beschließen.

1.10	Gewährung von Sitzungsgeld für Online-Fraktionssitzungen; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.11.2020	18
------	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig die Gewährung von Sitzungsgeld für die Teilnahme an Online-Fraktionssitzungen. Die Änderung von § 17 der Hauptsatzung der Stadt Hennef erfolgt in der nächsten Ratssitzung.

1.11	Freigabe des Allner Sees für Wassersport Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Die Unabhängigen vom 20.11.2020	19
------	--	----

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) äußerte Bedenken hinsichtlich der Nutzung des Allner-Sees. Es besteht die Gefahr, dass die Machbarkeitsstudie eventuell zu einem von uns nicht gewünschten Ergebnis – wie einem totalen Badeverbot – führen könnte.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss mehrheitlich bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die angestrebten Nutzungen auf Machbarkeit zu prüfen. Ein Bericht erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

1.12	Einbindung des Programms "openDemokratie-Tool (opTo)" auf der städtischen Homepage; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2020	20-21
------	---	-------

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) äußerte die Bitte einer Überprüfung hinsichtlich des Unterschriften-Schwellenwerts welcher unverbindlich und änderbar ist und dass kein Mindestalter bei der Beteiligung erforderlich ist.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) machte den Vorschlag, dieses Thema in den Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Tourismus zu vertragen.

Beschluss-Nr. 20

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss lehnte die Vertagung in den Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Tourismus bei Gegenstimmen der Fraktionen CDU, FDP und die Unabhängigen ab.

Beschluss-Nr. 21

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss den vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig bei Enthaltungen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Krey (Fraktionsloses Mitglied):

Eine Integration des openDemokratie in die Homepage der Stadt erfolgt nicht. Die Verwaltung erhält jedoch den Auftrag, die Angebote elektronischer Bürgerbeteiligung auf Basis vorher erarbeitete Richtlinien projektbezogen auszubauen. Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird der Dienst „Einwohnerantrag“ mit hoher Umsetzungspriorität für die Kommunen in NRW zentral und auf einer sicheren rechtlichen Grundlage entwickelt. Diese Entwicklung soll verfolgt und zu gegebener Zeit über den Einsatz entschieden werden.

1.13	Bürgerantrag aufgrund der Verkehrssituation in Greuelsiefen/Dondorf, vom 02.01.2020	22
------	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Behandlung des Bürgerantrages „Verkehrssituation in Greuelsiefen/Dondorf“ vom 02.01.2020 wird zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Mobilität verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zu unterrichten.

1.14	Bürgerantrag für eine Hundefreilauffläche im Ortsteil Allner	23
------	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Die Antragsteller sind entsprechend zur informieren.

1.15	Bürgerantrag "Errichtung einer Radpendlerroute Hennef-Uckerath" vom 22.03.2020	24
------	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Behandlung des Bürgerantrages zum Thema „Errichtung einer Radpendlerroute Hennef-Uckerath“ vom 22.03.2020 wird zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Mobilität verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zu Unterrichten.

1.16	Bürgerantrag "Hecke in Heisterschoß" vom 28.05.2020	25
------	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Behandlung des Bürgerantrages zum Thema „Hecke in Heisterschoß“ vom 28.05.2020 wird zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Dorfgestaltung und Denkmalschutz verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zur unterrichten.

1.17	Bürgerantrag "Ausbau eines Teilstücks der Straße Im Marienfried" vom 20.09.2020	26
------	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Behandlung des Bürgerantrages zum Thema „Ausbau eines Teilstücks der

Straße im Marienfried“ vom 20.09.2020 wird zuständigkeitshalber in den Bauaus-
schuss verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zu unterrichten.

1.18	Bürgerantrag der Schützenbruderschaften St. Hubertus Hennef-Warth, St. Michael Hennef-Geistingen und St. Augustinus Hennef-Bödingen vom 02.11.2020; Hennefer Schützenzentrum "Clostermanns Hof" Antrag der CDU-Fraktion zu dem Thema "Schützen- und Vereinsheim warth" vom 15.01.2021	27
------	--	----

Herr Mikolajczak und Herr Offergeld (CDU-Fraktion) sowie Herr Marx (FDP-Fraktion) äußerten, dass der erteilte Beschlussvorschlag gegenüber der Schützenbruderschaft nicht zufriedenstellend sei und sich von Seiten der Verwaltung mehr erhofft wurde. Es solle mehr Engagement gezeigt werden und die Stadt muss eine Vermittlerrolle übernehmen.

Herr Herkt (Beigeordneter) wies darauf hin, dass am 23.02.2021 ein Termin mit dem Erzbistum stattfindet und dieser zunächst abgewartet werden muss, da nach städtischer Einschätzung das Grundstück und das Gebäude nicht mehr zur weiteren Planung zur Verfügung stehen. Es wird seitens der Stadt unterstützt, aber die Forderung als Stadt eine Lösung zu präsentieren sei nicht ohne weiteres möglich. Die Stadt verfügt nicht über ausreichend eigene Grünstücke und finanzielle Mittel stehen ebenfalls nicht zur Verfügung.

Herr Fiedrich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass es nicht verständlich sei, weshalb der Antrag der Schützen erst kurz vor der Kündigung gestellt wurde.

Herr Herkt (Beigeordneter) versicherte abschließend, die Stadt bleibt weiterhin im Gespräch mit den Kirchen, vertreten durch das Erzbistum. Die Vereine werden so gut unterstützt wie möglich.

Der Bürgermeister sagte eine Mitteilung über den Verlauf der Gespräche im Ausschuss für Schule, Weiterbildung und Sport zu.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig bei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne:

Der Bürgerantrag wird abgelehnt, da die Stadt Hennef nicht Eigentümerin der genannten Fläche ist.

1.19	Bürgerantrag "Anwohner der Happerschosser Straße in Hennef-Bröl" vom 17.11.2020	28
------	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

1.20	Bürgerantrag "Weiterer Ausbau des bestehenden Fahrradwegs Hennef-Mitte, über Hossenberg, Alte Blankenberger Str." vom 21.11.2020	29
------	---	----

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass die in der Beschlussvorlage genannte Antwort des Landesbetriebs Straßenbau NRW fehlt.

Der Bürgermeister sagte die Übersendung mit der Niederschrift zu.
Die Antwort des LBS ist als Anlage I der Niederschrift beigelegt.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

1.21	Einführung eines Windelzuschusses Bürgerantrag vom 05.12.2020	30
------	--	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig bei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Die im Bürgerantrag vorgeschlagene Einführung eines Windelzuschusses wird abgelehnt.

Der Antragsteller ist entsprechend zu unterrichten.

1.22	Resolution von den Fraktionen CDU, FDP, Die Unabhängigen vom 11.02.2021	31
------	--	----

Es ergab sich eine Diskussion unter Redebeiträgen aller Fraktionen:

Herr Bürgermeister Dahm gab zu Beginn eine Stellungnahme zum Thema ab.

Herr Krey (Fraktionsloses Mitglied) teilt mit, die Resolution nicht zu unterschreiben.

Herr Offergeld (CDU-Fraktion) führte aus, dass das Thema bei den Hennefer Bürger*innen immer noch sehr präsent ist und durch die Resolution dem Thema ein Ende gesetzt werden soll. Durch die Resolution soll eine Botschaft an die Hennefer Bürger*innen gesendet werden.

Herr Marx (FDP-Fraktion) bedankte sich bei Herrn Bürgermeister Dahm für seine Worte. Ebenfalls betonte er mit der Resolution die Thematik „abzuschließen“ zu wollen.

Frau Meyer (SPD-Fraktion) bedankte sich für die Ausführungen des Bürgermeisters und unterstützte das nun gewählte Vorgehen der Überprüfung der Notfallpläne. Sie führte im Namen der SPD-Fraktion aus, dass diese erst durch den Pressevertreter von der Resolution erfahren hat und diese nicht zustimmungsfähig sei, da es nicht zur Debatte stand, dass alle Ratsmitglieder geimpft werden sollen. Das Gespräch für eine einvernehmliche Resolution sei nicht gesucht worden. Die SPD-Fraktion wird an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Herr Ecke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilte mit das die Resolution von ihm nicht unterschrieben werde, weil es selbstverständlich ist, sich an die vorgegebenen Regeln zu halten. Die Resolution solle daher zurückgezogen werden. Im weiteren

Verlauf der Diskussion teilte er mit, sich nicht an dieser Abstimmung zu beteiligen.

Herr Wallau (CDU- Fraktion) wies auf die Hennefer Erklärung hin, in der es auch um das selbstverständliche demokratische Verhalten ginge und die die Ratsmitglieder ebenfalls unterschrieben haben.

Herr Bürgermeister Dahm teilte mit, an der Abstimmung nicht teilzunehmen und ließ über die Resolution abstimmen:

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Krey nahmen an der Abstimmung ebenfalls nicht teil.

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss die vorliegende Resolution mit den Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Die Unabhängigen.

2	Anfragen	
---	-----------------	--

Keine.

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

3.1	Statistik der Grundstücksgeschäfte 2020/2021	32
-----	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nahm die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2	Der Stadtordnungsdienst im Jahr 2020	33
-----	---	----

Gemäß Geschäftsordnungsbeschluss wurde dieser Tagesordnungspunkt als ordentlicher Tagesordnungspunkt behandelt.

Herr Wallau (CDU-Fraktion) bedankte sich zunächst einmal für die Ausführungen. Zusätzlich regte er an, dass die Polizei durch entsprechende Beleuchtung gut zu erkennen ist. Beim Stadtordnungsdienst fehlt eine solche Erkennbarkeit. Entsprechend der Beleuchtung bei der Polizei soll für den Stadtordnungsdienst der besseren Erkennbarkeit eine ähnliche angebracht werden.

Herr Walter (Erster Beigeordneter) antwortete, dass dieses Vorhaben bereits vorgesehen ist und es ebenfalls schon Vorlagen dazu gibt. Eine Information hierzu werde noch erfolgen.



Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
 Regionalniederlassung Rhein-Berg - Außenstelle Köln
 Postfach 210722 · 50532 Köln

Regionalniederlassung Rhein-Berg
 Außenstelle Köln

Stadtbetriebe Hennef AöR
 z.Hd Herrn Dr. Erbe
 Postfach 1562

53762 Hennef

Datum: 25.01.2021

Bürgerantrag zum Radweg L 333 im Bereich Dondorf – Greuelsiefen, Ihr Schreiben vom 4.12.2020, Az. III/O-TG

Sehr geehrter Herr Dr. Erbe,

der in Ihrem obigen Schreiben genannte Streckenabschnitt zum weiteren Ausbau des bestehenden Radweges Hennef-Mitte, über Hossenberg, Alte Blankenberger Straße weiter durch Dondorf bis Greuelsiefen entlang der L 333 befindet sich im Programm „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen (777 14)“ des Landes Nordrhein-Westfalen (UA II r). Mit einem Prio-Wert von 2,238 steht die Maßnahme in der Liste ohne Rang.

Im Regelfall kann die UK Rhein-Berg (zuständig für Köln, Leverkusen, den Oberbergischen Kreis, den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Rhein-Sieg-Kreis (rrh.)) aus den Mitteln des Landeshaushaltes Ziffer UA II r eine Maßnahme pro Jahr finanzieren. Derzeit sind in der Kommission 12 Maßnahmen für die kommenden Jahre priorisiert; dies bedeutet nach den obigen Ansätzen eine theoretische Festlegung bis ca. 2030.

Die Priorisierung aller Maßnahmen erfolgt nach den Selben festgelegten Regeln. Gründe für eine Änderung der Priorisierung liegen nach hiesigem Kenntnisstand nicht vor.

Für eine von Ihnen angesprochene schnellere Umsetzung des Neubaus könnte das Modellprojekt der sogenannten „Bürgerradwege“ möglicherweise infrage kommen.

Dabei ist zu beachten, dass es sich hierbei um Radweg-Projekte handelt, die gemeinschaftlich vom Land, den beteiligten Kommunen und den beteiligten Bürgern realisiert werden. Dieses gemeinschaftliche und gleichberechtigte Engagement aller drei Partner ist entscheidend, denn nur

Straßen.NRW-Betriebssitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
 Telefon: 0209/3808-0
 Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

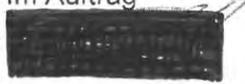
Landesbank Hessen-Thüringen
 IBAN: DE2030050000004005815 BIC: WELADED3333
 Steuernummer: 319/5922/5316

Regionalniederlassung Rhein-Berg
 Außenstelle Köln
 Deutz-Kalker-Str.18-26 · 50679 Köln
 Postfach 210722 · 50532 Köln
 Telefon: 0221/8397-0
kontakt.ml.rb@strassen.nrw.de

dann kommt nach der Intention des Modells das Projekt zustande. Wie und in welchem Umfang sich die Beteiligten am Vorhaben beteiligen, hängt von der jeweiligen Leistungsfähigkeit der einzelnen Partner ab. Dies können finanzielle Beiträge sowie z. B. die kostenfreie Bereitstellung von Grundstücken oder Hand- und Spanndiensten und Materialgestellungen sein. Kommunen beteiligen sich zudem in einigen Fällen oftmals auch durch die Übernahme von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen. Zumeist wird der Projektablauf zunächst vom Landesbetrieb Straßenbau koordiniert und nach entsprechender Konkretisierung über eine Vereinbarung mit Kostenbeteiligung des Landes durch die Kommune realisiert. Wichtigste Voraussetzung für einen Bürgerradweg ist aber die Verfügbarkeit der notwendigen Grundstücke. Wenn Sie als zuständige Kommune eine Möglichkeit für einen Bürgerradweg sehen und ebenfalls Interesse an einem Bürgerradweg haben, können Sie sich gerne mit uns in Verbindung setzen und die Details besprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A black rectangular redaction box covering the signature of the official.A black rectangular redaction box covering the name of the official.